

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

für die

IHK Nord Westfalen

mit Anhang

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1/1	Bilanz zum 31. Dezember 2016
Anlage 1/2	Erfolgsrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016
Anlage 1/3	Finanzrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 *
Anlage 1/4	Plan – Ist Vergleich Erfolgsrechnung
Anlage 1/5	Plan – Ist Vergleich Finanzrechnung *
Anlage 1/6	Anhang für das Geschäftsjahr 2016
	A. Allgemeine Grundsätze
	B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze / Allgemeine Angaben
	C. Erläuterungen zur Bilanz
	D. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
	E. Erläuterungen zur Finanzrechnung
	F. Sonstige Angaben
Anlage 1/6.1	Anlagenspiegel *
Anlage 1/7	Lagebericht *

* Keine Veröffentlichung im Internet

Der Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfungsstelle bezieht sich auf den geprüften Abschluss iSv. § 15 Abs. 1 Finanzstatut.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR/€, % usw.) auftreten.

Bilanz der IHK Nord Westfalen zum 31. Dezember 2016

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		Passiva	
	EUR	TEUR	EUR	TEUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Nettoposition	11.000.000,00
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0			II. Ausgleichsrücklage	12.400.000,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	43.688,04	39			III. Andere Rücklagen	8.372.716,49
3. Geschäfts- und Firmenwert	31.939,00	59			IV. Ergebnis	0,00
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0				31.772.716,49
	75.627,04	99			B. Sonderposten	
II. Sachanlagen					Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.965.874,98	8.124			C. Rückstellungen	
2. Technische Anlagen und Maschinen	97.844,00	109			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	23.607.601,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	696.534,88	688			2. Steuerrückstellungen	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.709.723,52	3.070			3. Sonstige Rückstellungen	3.655.154,94
	17.469.977,38	11.990				27.262.755,94
III. Finanzanlagen					D. Verbindlichkeiten	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150.000,00	150			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0			2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00
3. Beteiligungen	0,00	0			3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	844.038,90
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0			4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	26.978.491,25	26.822			5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	207.189,16	204			6. Sonstige Verbindlichkeiten	755.372,10
	27.335.680,41	27.176				1.599.411,00
B. Umlaufvermögen					E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.770.688,64
I. Vorräte						1.850
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.553,65	8				
2. Unfertige Leistungen	621.618,00	622				
3. Fertige Leistungen	0,00	0				
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	2				
	629.171,65	632				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	6.034.606,40	5.337				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	158.550,82	101				
	6.193.157,22	5.438				
III. Wertpapiere						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0				
2. Sonstige Wertpapiere	97.636,32	98				
	97.636,32	98				
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	9.835.024,52	17.007				
C. Rechnungsabgrenzungsposten	769.297,53	732				
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverwaltung	0,00	0				
	62.405.572,07	63.172				62.405.572,07
						63.172

Münster, 20. Februar 2017
 Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen
 Der Präsident

Der Hauptgeschäftsführer

gez.

gez.

Dr. Benedikt Hüffer

Karl-F. Schulte-Uebbing

Erfolgsrechnung
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016
der
IHK Nord Westfalen

	2016 EUR	2015 TEUR
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	16.033.425,27	15.497
2. Erträge aus Gebühren	3.831.212,74	3.913
3. Erträge aus Entgelten	5.752.391,28	5.465
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-875,50	9
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	926.083,99	1.306
davon: Erträge aus Erstattungen	0,00	0
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	411.779,70	360
davon: Erträge aus Abführung von gesonderten Wirtschaftsplänen	0,00	0
BETRIEBSERTRÄGE	26.542.237,78	26.190
7. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	245.728,55	246
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.249.183,05	6.540
	6.494.911,60	6.786
8. Personalaufwand		
a) Gehälter	9.293.267,34	9.382
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen	5.381.140,95	3.357
	14.674.408,29	12.738
9. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	485.589,28	537
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.528.967,89	6.833
davon: Aufwendungen aus Zuführungen an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0
BETRIEBSAUFWAND	28.183.877,06	26.894
BETRIEBSERGEBNIS	-1.641.639,28	-704
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00	7
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	92.774,75	160
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	357.134,48	63
davon: Erträge aus Abzinsung	318.066,00	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	10.953,25	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.007.468,00	2.545
davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	1.007.468,00	2.544
FINANZERGEBNIS	-568.512,02	-2.314
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-2.210.151,30	-3.018
16. Außerordentliche Erträge	0,00	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00	0
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	965,31	1
19. Sonstige Steuern	37.658,97	37
20. JAHRESERGEBNIS (JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG)	-2.248.775,58	-3.056
21. Einstellung in die Nettoposition	10.000.000,00	0
22. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0
23. Entnahmen aus Rücklagen	12.248.775,58	3.056
a) aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0
b) aus anderen Rücklagen	12.248.775,58	3.056
24. Einstellungen in Rücklagen	0,00	0
a) in die Ausgleichsrücklage	0,00	0
b) in andere Rücklagen	0,00	0
25. ERGEBNIS	0,00	0

	Plan	Ist	Plan/Ist Abw.
	TEUR	TEUR	TEUR
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	15.248	16.033	785
2. Erträge aus Gebühren	3.579	3.831	252
3. Erträge aus Entgelten	6.356	5.752	-604
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-10	-1	9
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	554	926	372
davon: Erträge aus Erstattungen	0	0	0
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	433	412	-21
davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0
BETRIEBSERTRÄGE	25.727	26.542	815
7. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	272	246	-26
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.984	6.249	-735
8. Personalaufwand			
a) Gehälter	9.866	9.293	-573
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen	3.588	5.381	1.793
9. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	535	486	-50
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die sie die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.243	6.529	-714
davon: Aufwendungen aus Zuführungen an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0
BETRIEBSAUFWAND	28.489	28.184	-305
BETRIEBSERGEBNIS	-2.762	-1.642	1.120
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	285	93	-192
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44	357	313
davon: Erträge aus Abzinsung	0	318	318
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	11	11
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.746	1.007	-1.739
davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	2.746	1.007	-1.739
FINANZERGEBNIS	-2.417	-569	1.849
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-5.179	-2.210	2.969
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0	0	0
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	0
19. Sonstige Steuern	39	38	-1
20. JAHRESERGEBNIS (JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG)	-5.218	-2.249	2.969
21. Einstellung in die Nettoposition	10.000	10.000	0
22. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
23. Entnahmen aus Rücklagen	15.218	12.249	-2.969
a) aus der Ausgleichsrücklage	2.191	0	-2.191
b) aus anderen Rücklagen	13.027	12.249	-778
24. Einstellungen in Rücklagen	0	0	0
a) in die Ausgleichsrücklage	0	0	0
b) in andere Rücklagen	0	0	0
25. ERGEBNIS	0	0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

der

IHK Nord Westfalen

A. Allgemeine Grundsätze

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen führt ihre Rechnungslegung auf der Grundlage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu vom Präsidenten und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts (FS) folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 257, 284 bis 286 und 289 HGB, sowie Artikel 28, 66, 67 und 75 EGHGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze / Allgemeine Angaben

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände sind das Finanzstatut der IHK Nord Westfalen, beschlossen durch die Vollversammlung am 11.07.2013, und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts maßgeblich.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Lizenzen

Das entgeltlich erworbene, immaterielle Anlagevermögen besteht aus verschiedenen Softwarelizenzen und einem Firmen- und Geschäftswert, bewertet zu Anschaffungskosten vermindert um die planmäßige, lineare Abschreibung. Die Nutzungsdauer bei immateriellen Vermögensgegenständen ist mit 3 oder 5 Jahren angesetzt.

Der aktivierte Geschäftswert wird mit einer Nutzungsdauer von 5 Jahren angesetzt.

Grundstücke und Gebäude

Die Grundstücke wurden nach dem Vergleichswertverfahren und die Gebäude nach dem Ertragswertverfahren durch Gutachten bewertet. Die Gebäude werden über die im Gutachten vom 19.02.2005 (Wertermittlungsstichtag) festgelegten Restnutzungsdauer von

36 Jahre für das Verwaltungsgebäude Münster
30 Jahre für das Verwaltungsgebäude Bocholt
23 Jahre für das Verwaltungsgebäude Gelsenkirchen

linear abgeschrieben.

Sonstiges Sachanlagevermögen

Das gesamte Anlagevermögen wurde zum 01.01.2006 per Inventur erhoben. Die Bewertung erfolgte nach den Vorgaben der Sondervorschriften zur Eröffnungsbilanz nach Zeitwerten, soweit Anschaffungskosten nicht mehr ermittelbar waren. Abschreibungen sind linear berücksichtigt worden. Das im Jahr 2016 angeschaffte Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Anschaffungskosten umfassen auch die einzeln zuzuordnenden Anschaffungsnebenkosten und die nachträglichen Anschaffungsnebenkosten. Die Nutzungsdauern betragen zwischen 3 und 14 Jahren.

Die Kunstgegenstände wurden mit dem Versicherungswert angesetzt und unterliegen keiner Abschreibung.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von bis zu 410,00 Euro (netto) wurden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit geringstem Wert bis zu einem Wert von 150,00 Euro (netto) wurden in voller Höhe als Betriebsausgabe angesetzt.

Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem Stammkapital angesetzt.

Die Bewertung der Wertpapiere erfolgte mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der niedrigeren beizulegenden Werte bei dauerhafter Wertminderung.

Zinslos gewährte Darlehen wurden auf ihren Barwert abgezinst.

Anteile an Unternehmen, die keine Beteiligungen i. S. v. § 271 HGB sind, wurden mit dem Anteil an dem Stammkapital angesetzt und unter den „sonstigen Finanzanlagen“ ausgewiesen.

Festgelder wurden zum Nominalwert ausgewiesen.

Vorräte

Die Vorräte wurden zu letzten Einstandspreisen bewertet.

Die unfertigen Leistungen wurden zu Vollkosten unter Berücksichtigung der verlustfreien Bewertung angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden erkennbare Einzelrisiken durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch eine entsprechende Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3 % Rechnung getragen.

Beitragsforderungen wurden im Einzelfall bei erkennbaren Risiken einzelwertberichtigt. Die pauschalierte Form der Einzelwertberichtigung wurde auf das Beitragsbescheidsdatum abgestellt. Dabei wurden die vom IHK/DIHK-Arbeitskreis Rechnungswesen im Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden genannten Wertberichtigungssätze angewandt.

Geschäftsjahr	Handelsregisterunternehmen	Kleingewerbetreibende
Aktuell	0 %	10 %
Vorjahr	70 %	90 %
Übrige Vorjahre	100 %	100 %

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Wertpapiere, der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten umfassen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Nettoposition

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz gemäß Beschluss der Vollversammlung auf 1.000 T-EUR festgesetzt. Sie wurde im Jahr 2016 auf 11 Mio. EUR erhöht. Grundlage hierzu ist die Beschlussfassung der Vollversammlung vom 24.11.2015 vor dem Hintergrund des Neubaus des IHK-Weiterbildungszentrums und damit der Veränderung der Aktivposition im Sachanlagevermögen.

Ausgleichsrücklage

Das Finanzstatut verpflichtet die IHK zur Bildung einer Ausgleichsrücklage von bis zu 50 % bezogen auf die geplanten Aufwendungen. Die Ausgleichsrücklage dient dazu, ergebniswirksame Schwankungen auszugleichen.

Andere Rücklagen

Unter den anderen Rücklagen werden die Liquiditätsrücklage und die Baurücklage ausgewiesen. Die Liquiditätsrücklage ist bis zum 31.12.2018 gem. § 24 FS zu verwenden. Die Baurücklage ist gemäß § 15a Abs. 2 FS gebildet und dotiert.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Über die am 31.12.2016 zulässigen Rückstellungsbeträge liegen versicherungsmathematische Gutachten vor. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde auf Basis des BilMoG durchgeführt.

Von dem Wahlrecht gem. Art. 28 Abs. 1 EGHGB und Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Für das Jahr 2015 wurde von der Übergangsregelung gem. Art. 75 Abs. 7 S. 1 EGHGB kein Gebrauch gemacht.

Sonstige Rückstellungen

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst.

Von dem Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die passive Rechnungsabgrenzung ist erfolgt für die Berufsbildungsgebühren, die mit der Zwischenprüfung erhoben werden, und die Lehrgangsentgelte für die Weiterbildung, bei denen der Lehrgang über das Jahresende hinaus stattfindet. Diese Erträge sind gemäß der Laufzeitdauer der Ausbildungsverträge bzw. der Lehrgangsdauer abgegrenzt.

C. Erläuterungen zur Bilanz**Anlagevermögen**

Die Entwicklung des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens ist aus dem beigefügten Anlagenspiegel ersichtlich.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Zugänge betreffen ausschließlich gekaufte Software.

Sachanlagen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen 5.894 T-EUR. Sie betreffen im Wesentlichen Ersatzbeschaffung im EDV-Hardware-Bereich (159 T-EUR), sowie Zahlungen, die dem Neubau des IHK-Weiterbildungszentrum 2017 zuzuordnen sind (5.640 T-EUR).

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	17.546	12.089
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	44	39
Geschäfts- und Firmenwert	32	59
	76	98
<u>Sachanlagen</u>		
Unbebaute Grundstücke	968	968
Bebaute Grundstücke	3.946	3.946
Gebäude auf eigenen Grundstücken	3.052	3.210
	7.966	8.124
Technische Anlagen und Maschinen	98	109
Fuhrpark	6	11
Kunstgegenstände	52	52
Präsentationsmedien	56	71
EDV-Hardware	334	312
Büromaschinen	12	17
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	236	225
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	0
	696	688
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.710	3.070

Finanzanlagen

Unter den verbundenen Unternehmen werden die Anteile der Gesellschaft für Bildung und Technik mbH der IHK Nord Westfalen, Münster ausgewiesen. Weitere Erläuterungen sind unter dem Unterpunkt F. "Sonstige Angaben" dargestellt.

Für die betriebliche Altersvorsorge sind zum 31.12.2016 Mittel in Höhe von 15.659 T-EUR angelegt.

Der Wert von vier Wertpapieren lag zum Jahresende unter den Anschaffungskosten. Gemäß § 253 Abs. 3 HGB wurde auf eine Abwertung (71 T-EUR) dieser Wertpapiere verzichtet. Bei Aufstellung des Jahresabschlusses haben sich zwei Wertpapiere bereits wieder erholt und in einem Fonds ist eine Umstrukturierung bereits angekündigt, so dass nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen werden muss.

Die Ausschüttungen der Wertpapiere beliefen sich im Jahr 2016 auf insgesamt 73 T-EUR und wurden in dieser Anlageform/-art wieder angelegt. Insgesamt belief sich die Zuführung in das Finanzanlagevermögen auf 165 T-EUR. Diese resultieren aus den Ausschüttungen der Wertpapieren.

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	26.979	26.822
Festgelder und Sparbriefe	10.691	10.685
Wertpapiere	16.288	16.137
- davon betriebliche Altersvorsorge	15.659	15.509

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Folgende Anteile hält die IHK Nord Westfalen:

	%-Anteil am Stammkapital	Anteil T-EUR
Gesellschaft zur Informationsverarbeitung mbH, Dortmund	2,19	22
Bürgschaftsbank Industrie NRW GmbH, Neuss	1,03	19
FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH, Greven	0,07	56
Bürgschaftsbank Einzelhandel und Gaststätten NRW GmbH, Neuss	0,47	12
WiN Emscher-Lippe GmbH, Herten	3,33	10
ZPA Nord-West GbR, Köln		12
Kapitalbeteiligungsges. f. d. mittelständische Wirtschaft in NRW mbH, Neuss	0,09	kleiner 1 T-EUR
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Datteln	0,50	kleiner 1 T-EUR

In der 11. Gesellschaftsversammlung der ZPA Nord-West GbR am 01. Juni 2016 wurde einstimmig der Umstrukturierung des bilanzierten Eigenkapitals ab dem Jahresabschluss 2015 zugestimmt. Hieraus ergab sich bei den Gesellschafterinnen eine einheitliche Abschreibung von 48 % auf die jeweilige Gesellschaftereinlage. Die Abschreibung für die IHK Nord Westfalen belief sich auf 11 T-EUR.
(s. auch Erfolgsrechnung Punkt 14.)

Des Weiteren hat die IHK folgende Ausleihungen vorgenommen:

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
Darlehen Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH, Neuss	66	61

Das Darlehen an die Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen wurde zinslos zur Verfügung gestellt und zum 31.12.2016 auf den Barwert mit 2,46 % abgezinst. Im Jahr 2016 betrug die Restlaufzeit 7 Jahre. Die Erhöhung des Barwertes um 5 T-EUR wurde dem Darlehen zugeschrieben.

Umlaufvermögen

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
Vorräte	629	632

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe der IHK (7 T-EUR) bestehen aus Werbemittel und Papier. Die Bestände wurden durch eine körperliche Aufnahme erfasst.

Die unfertigen Leistungen (622 T-EUR) betreffen vorrangig die Abgrenzung der Berufsbildungsgebühren für die im Jahr 2015 und 2016 eingetragenen Ausbildungsverhältnisse. Sie wurden über EDV-Auswertung ermittelt.

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
Beiträge	6.035	5.337
<u>fakturierte Forderungen</u>		
davon Handelsregisterunternehmen	354	354
davon Kleingewerbetreibende	178	154
<u>Proforma-Veranlagung</u>		
davon Handelsregisterunternehmen	3.681	2.943
davon Kleingewerbetreibende	794	697
Gebühren, Entgelte und sonstige Lieferungen und Leistungen	1.028	1.189

Forderungen aus Beiträgen

Der tatsächliche Forderungsausfall wird direkt abgeschrieben. In der Bilanz wurden zusätzlich eine Einzelwertberichtigung und eine Einzelwertberichtigung in pauschalierter Form vorgenommen. Die pauschalierte Wertberichtigung wurde im Berichtsjahr auf das Beitragsbescheidsdatum abgestellt. Die Beitragsforderungen betragen zum Stichtag 974 T-EUR vor Wertberichtigung. Wertberichtigt wurden insgesamt 442 T-EUR (Vj. 412 T-EUR).

Neben den fakturierten Beitragsforderungen werden seit dem Jahr 2011 die bis zum Jahresende bekannt gewordenen und noch nicht abgerechneten Beitragsbemessungsgrundlagen ertragswirksam im Jahresabschluss verbucht. Die aus der Proforma-Veranlagung für das Jahr 2016 resultierenden Forderungen belaufen sich auf 4.475 T-EUR (Vj. 3.640 T-EUR). (s. PASSIVA Sonstige Verbindlichkeiten).

Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Forderungsbestand betrug zum Stichtag 1.062 T-EUR vor Wertberichtigung. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Service- und Weiterbildungsbereich. Den im Forderungsbestand liegenden besonderen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigung Rechnung getragen. Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung mit 3 % angesetzt. Insgesamt wurden 34 T-EUR (Vj. 32 T-EUR) wertberichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 159 T-EUR beinhalten im Wesentlichen die an Arbeitnehmer gewährten Darlehen in Höhe von 13 T-EUR, Forderungen aus öffentlichen Zuwendungen in Höhe 34 T-EUR für das Projekt "Passgenaue Besetzung", sowie eine Forderungen in Höhe von 27 T-EUR, die im Zusammenhang mit einer Eintragung einer Dienstbarkeit in das Grundbuch steht. (s. sonstige betriebliche Erträge).

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	159	101
Forderungen aus öffentlichen Zuwendungen	38	23
Forderungen gegenüber Mitarbeitern	15	24
Debitorische Kreditoren	45	6
Sonstige Forderungen	61	48

Wertpapiere

Die sonstigen Wertpapiere beinhalten ein Wertpapier, dass zum Jahresende mit dem Kurswert bewertet wurde.

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
sonstige Wertpapiere	98	98

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Bankguthaben wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	9.835	17.007
Kurzfristige Termingelder und Sparkonten	4.576	14.553
Sonstige	5.259	2.454

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen Gehaltszahlungen für Januar 2017 in Höhe von 592 T-EUR.

Eigenkapital

Die Nettosition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auf 1.000 T-EUR dotiert. Seitdem wurde diese nicht verändert. Sie dient als Kernkapital der Absicherung des langfristig gebundenen Vermögens der IHK (z.B. Immobilien). Durch den Neubau des IHK-Weiterbildungszentrum erhöht sich das unbewegliche Sachanlagenvermögen, einschließlich der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau, auf insgesamt 16,7 Mio. EUR. Im Berichtsjahr wurde eine Anpassung die Nettosition auf 11 Mio. € vorgenommen. Grundlage hierzu ist die Beschlussfassung der Vollversammlung vom 24.11.2015 vor dem Hintergrund des Neubaus des IHK-Weiterbildungszentrums.

Derzeit ist die Ausgleichsrücklage mit rund 39,6 % (Vj. 40,2 %) der geplanten Aufwendungen dotiert.

Die Liquiditätsrücklage weist nach der Entnahme des negativen Jahresergebnisses 2016 in Höhe von 2.249 T-EUR zum Stichtag einen Betrag von 1.720 T-EUR aus.

Die Vollversammlung hat im November 2009 die Bildung einer Baurücklage beschlossen. Durch weitere Beschlüsse der Vollversammlung im November 2011 und am 21.11.2013 wurde die Baurücklage auf einen Gesamtbetrag von 19.690 T-EUR erhöht. Hierzu wurde im Jahr 2014 gem. Wirtschaftsplan die Bauvorsorgerücklage in Höhe von 2.500 T-EUR in die Baurücklage überführt, sowie der fehlende Differenzbetrag in Höhe von 4.332 T-EUR aus der Liquiditätsrücklage in die Baurücklage umgeschichtet. Dabei wurde die aus den Vorjahren getätigten Investitionen in Höhe von 383 T-EUR in Abzug gebracht, so dass zum 01.01.2014 die Dotierung bei 19.307 T-EUR lag. Für das Jahr 2014 erfolgte für die verausgabten Investitionen eine Entnahme in Höhe von 603 T-EUR und für das Jahr 2015 ein Betrag von 2.051 T-EUR. Im Jahr 2016 erfolgte gem. Vollversammlungsbeschluss vom 24.11.2015 eine Entnahme in Höhe 10 Mio. EUR zur Erhöhung der Nettosition.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	23.608	22.086
Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle	15.752	14.953
Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften	7.856	7.133

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. "Projected-Unit-Credit-Methode" (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen (1% - 2,42 %) hinsichtlich der zukünftigen Anwartschaft- bzw. Rentenentwicklung sowie evtl. Fluktuationswahrscheinlichkeiten (0,0%) ermittelt worden. Als biometrische Rechnungsgrundlage wurden die "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde gemäß § 253 Abs. 2 HGB pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 4,01 % verwendet. Im Vorjahr wurde von der Übergangsregelung gem. Art. 75 Abs. 7 S. 1 EGHGB den durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahren zu verwenden, kein Gebrauch gemacht. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB beläuft sich zum 31.12.2016 auf 2.116 T-EUR. Der Anstieg der Pensionsverpflichtungen gegenüber dem Vorjahr ist wesentlich dadurch bedingt, dass in den Vorjahren bei der Berechnung der Anwartschaften für die Versorgungszusagen ein zu hoher Anrechnungsbetrag für Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu Grunde gelegt wurde. In den versicherungsmathematischen Berechnungen zum 31.12.2016 wurden bei den Berechnungen der Anwartschaften die individuellen Ansprüche der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	3.655	3.572
Personalaufwendungen		
Berufsgenossenschaft	140	140
Urlaubs-/Gleitzeitrückstellung	342	315
Altersteilzeit	414	514
Jubiläumsgeld	82	77
Beihilfen	1.236	1.004
sonstige Personalaufwendungen	840	905
Aufbewahrungspflichten	306	285
Rechts- und Beratungskosten	65	72
Prozeßrisiken	23	11
unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung	0	75
ausstehende Rechnungen	207	174

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden sonstige Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei sind alle bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Rückstellung für sonstige Personalaufwendungen beinhalten die Auszahlungen der Zielprämien für das Jahr 2016 im Jahr 2017.

Für die Rückstellungen der Beihilfe-, Altersteilzeit- und Jubiläumsgeldverpflichtungen wurden versicherungsmathematische Gutachten erstellt.

Die Bewertung der Beihilfe- und Jubiläumsgeldverpflichtungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. "Projected-Unit-Credit-Methode" (PUC-Methode). Die Rückstellungsbeträge sind unter Einbeziehung von Trendannahmen (0% - 1,60%) hinsichtlich der zukünftigen Kostenentwicklung sowie evtl. Fluktuationswahrscheinlichkeiten (Faktor 0,2 und 0,5) ermittelt worden.

Die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtung erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme "Handelsrechtliche Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen" (IDW RS HFA 3) vom 19.06.2013 und dem BilMoG. Die Bewertung nach der IDW-Stellungnahme ist für den Erfüllungsrückstand mit einem fristadäquaten Marktzins vorzunehmen, sofern die Laufzeit der Verpflichtung am Bilanzstichtag 12 Monate oder mehr beträgt. Nach dem BilMoG ist hierfür der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre anzusetzen. Der Gehaltstrend wurde mit 2,42 % berücksichtigt.

Als biometrische Rechnungsgrundlage wurden die "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck verwendet.

Für die Abzinsung wurde gemäß § 253 Abs. 2 HGB pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 3,24 % verwendet.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

	Gesamt- betrag T-EUR	mit einer Rest- laufzeit bis zu 1 Jahr T-EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	844	844
Sonstige Verbindlichkeiten	755	755
	<u>1.599</u>	<u>1.599</u>

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Kreditorische Debitoren in Höhe von 168 T-EUR enthalten. Darin enthalten ist ein Betrag in Höhe von 163 T-EUR für fakturierte Beitragsguthaben. Neben den fakturierten Beitragsforderungen wurden erstmals im Jahr 2011 die bis zum Jahresende bekannt gewordenen und noch nicht abgerechneten Beitragsbemessungsgrundlagen ertragswirksam verbucht. Hieraus ergibt sich für das Berichtsjahr ein Betrag in Höhe von 518 T-EUR (Vj. 553 T-EUR).

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	755	820
fakurierte Beitragsguthaben	163	174
Proforma-Veranlagung	518	553
sonstige Verbindlichkeiten	74	93

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passive Rechnungsabgrenzung ergibt sich aus den Berufsbildungsgebühren, die mit der Zwischenprüfung erhoben werden, und den Lehrgangsentgelten für die Weiterbildung, bei denen der Lehrgang über das Jahresende hinaus stattfindet. Die Ermittlung erfolgte mittels EDV-Auswertungen. Die Beträge werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer zeitanteilig aufgelöst.

D. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung**Erträge aus Beiträgen**

Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2016. Die Beiträge aus Vorjahren werden nach der jeweils geltenden Beitragsordnung und Wirtschaftssatzung festgesetzt bzw. berichtigt.

Für die Vorauszahlung (Grundbeitrag und Umlage) wurden zunächst nur 50 % von der zuletzt bekannten Bemessungsgrundlage zugrunde gelegt.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	16.033	15.497
Grundbeiträge laufendes Jahr	7.845	7.624
Umlagen laufendes Jahr	2.574	2.457
Grundbeiträge Vorjahr	1.731	1.733
Umlagen Vorjahre	3.883	3.683

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstigen Gebühren gliedern.

In den sonstigen Gebühren sind im Wesentlichen die Registrierungen für die Versicherungs-, Finanzanlagen und Immobiliendarlehensvermittler (230 T-EUR), die Unterrichtsverfahren für das Bewachungsgewerbe (241 T-EUR), Ursprungszeugnisse, Bescheinigungen, Zweitschriften und Carnets (239 T-EUR), Sachkundeprüfungen (269 T-EUR) und Verkehrsprüfungen (246 T-EUR) enthalten.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	3.831	3.913
Erträge aus Gebühren Berufsbildung	1.793	1.896
Erträge aus Gebühren Fortbildung	653	669
Erträge aus sonstigen Gebühren	1.385	1.348

Erträge aus Entgelten

Die Erträge aus Entgelten umfassen alle kostenpflichtigen Leistungen der IHK außerhalb des hoheitlichen Bereichs. Dies sind vor allem die Erträge aus Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung, entgeltpflichtigen Seminaren und aus den dualen Studiengängen (5.663 T-EUR). Der Umsatzzuwachs in Höhe von 295 T-EUR resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Entgelte in einzelnen Bereichen wie z.B. Vorbereitungslehrgängen, Seminaren und Lehrgängen. Desweiteren wurden im Jahr 2016 neue Lehrgänge im öffentlich-geförderten Bereich durch den Auftraggeber realisiert.

In den Verkaufserlösen sind im Wesentlichen die Erträge aus dem Verkauf von Ehrenurkunden, Formularen und Druckschriften erfasst (18 T-EUR).

Die sonstigen Entgelte beinhalten die Erlöse aus Beratungen (3 T-EUR), die Erlöse aus Schieds- und Einigungsverfahren (10 T-EUR), sowie die Erlöse aus dem Verkauf der Berufseignungstests (7 T-EUR).

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	5.752	5.465
Verkaufserlöse	18	20
Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren, Veranstaltungen	5.663	5.369
Erlöse Überstellung von Prüflingen	51	49
sonstige Entgelte	20	27

Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

Die Veränderung der unfertigen Leistungen betreffen die Abgrenzung der Berufsbildungsgebühren für die im Jahr 2015 und 2016 eingetragenen Ausbildungsverhältnisse. Die Erhebung der Gebühren erfolgt mit der Zwischenprüfung.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-1	9

Sonstige betriebliche Erträge

Die Mieterlöse beinhalten hauptsächlich Erträge aus der Vermietung von PKW-Stellplätzen auf dem unbebauten Grundstück der IHK und die Vermietung der ehemaligen Hausmeisterwohnung am Sentmaringer Weg. In den sonstigen Erlösen sind die Erträge aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 5 T-EUR, periodenfremde Erträge in Höhe von 8 T-EUR, Erträge aus Schadenersatzleistungen in Höhe von 10 T-EUR, sowie der Erlös aus der Auflösung des Wettbewerbsfonds mit 7 T-EUR und der Erlös aus einem Gestattungsvertrag in Höhe von insgesamt 27 T-EUR enthalten. (s. sonstige Vermögensgegenstände)
Die Auflösung der Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen mit 302 T-EUR.

Die Erträge aus öffentlichen Zuwendungen enthalten die Fördermittel für die Massnahmen "Passgenaue Besetzung" und "Willkommenslotsen", die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und den Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Weiterhin sind hier die Zuwendungen von Fördermitteln aus dem Förderprogramm "Weiterbildungsstipendium" des Bundesministerium für Bildung und Forschung enthalten. (s. sonstige betriebliche Aufwendungen)

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	926	1.306
Mieterlöse	26	21
Erlöse aus Verwaltungskosten	3	2
Sonstige Erlöse	121	185
Auflösung von Rückstellungen	364	738
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	412	360

Materialaufwand

Die wesentlichen Posten der Aufwendungen für bezogene Leistungen sind die Entschädigungen für ehrenamtliche Prüfer in der Aus- und Fortbildung (1.363 T-EUR), die Honorare für Dozenten im Bereich der Weiterbildung (2.231 T-EUR), die Reisekostenerstattungen für Dozenten und Prüfer (578 T-EUR), die Aufwendungen für Prüfungsaufgaben und -gebühren für Aus- und Fortbildung (846 T-EUR) sowie die Mietaufwendungen für Prüfungen und Lehrgänge (538 T-EUR).

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	6.495	6.786
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	246	246
Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.249	6.540

Personalaufwand

Die Personalaufwendungen liegen über dem Vorjahresergebnis. Die Erhöhung der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung ergibt sich aus den Zuführungen zu den Penionsrückstellungen auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Gutachtens. Der Zinsänderungseffekt wird im Finanzergebnis ausgewiesen.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	14.674	12.738
Gehälter	9.293	9.382
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	5.381	3.356

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf steuerlich anerkannten Nutzungsdauern, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Abschreibungen auf Gegenstände des Umlaufvermögens wurden nicht vorgenommen. Für geringwertige Wirtschaftsgüter die nach dem 01.01.2010 angeschafft wurden, wurde das Wahlrecht der Sofortabschreibung in Anspruch genommen.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	486	537
Abschreibungen:		
Immaterielle Vermögensgegenstände	72	105
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	158	158
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	214	221
Geringwertige Wirtschaftsgüter	42	53

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude sind die durchgeführten Sanierungsmaßnahmen am Standort Emscher-Lippe für die EDV-Neuverkabelung in Höhe von 115 T-EUR und für die Erneuerung der Beleuchtungskörper und -halterungen mit 41 T-EUR enthalten.

Die Aufwendungen für Fremdleistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 237 T-EUR verringert. Dieses ist im Wesentlichen bedingt durch die Beendigung der auf 5 Jahre befristeten Finanzierung des Projektes "Industrie-Akzeptanzoffensive" (Vj. 292 T-EUR). Ab dem Jahr 2016 werden im Themenfeld Industrie konkrete von der Vollversammlung beschlossene Einzelprojekte finanziert. Das Budget belief sich hierfür im Jahr 2016 auf insgesamt 90 T-EUR.

Die Rechts- und Beratungskosten sind um 62 T-EUR höher als im Vorjahr. Im Jahr 2016 fielen für diverse Klageverfahren unterschiedliche Rechtsberatungen in Höhe von 56 T-EUR an. In diesem Betrag ist auch die Anpassung der Rückstellung für Prozessrisiken in Höhe von 20 T-EUR enthalten.

Für die Verringerung der Kosten für Bürobedarf, Porto, Literatur und Telekommunikation ist ausschlaggebend, dass im Vorjahr Portokosten für die IHK-Wahl angefallen sind (76 T-EUR).

Die Weiterbildungsstipendien wurden im Jahr 2015 erstmalig erfolgswirksam verbucht. Diese betragen für das Berichtsjahr 343 T-EUR. In gleicher Höhe wurden hierzu auch Erträge aus öffentlichen Zuwendungen verbucht. (s. sonstige betriebliche Erträge)

Die Erhöhung der anderen betrieblichen Aufwendungen um 53 T-EUR setzt sich im Wesentlichen aus der Anpassung der Archivierungsrückstellung (17 T-EUR), sowie erhöhte Aufwendungen für (Software-) Lizenzen und Konzessionen (19 T-EUR) zusammen.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	6.529	6.833
Sonstige Personalaufwendungen	156	143
Mieten und Pachten, Leasing	168	174
Aufwendungen für Fremdleistungen	1.272	1.509
Rechts- und Beratungskosten	329	267
Bürobedarf, Porto, Literatur, Telekommunikation	735	867
Fonds des Präsidiums	7	3
Weiterbildungsstipendien	343	294
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentationen	445	431
Aufwendungen DIHK	821	909
Aufwendungen Grundstücke und Gebäude, Geschäftsausstattung	1.212	1.336
Mitgliedschaften, Beiträge, Versicherungen	361	346
Reisekosten	252	249
Abschreibungen auf Forderungen	232	197
Aufwendungen für die Einstellung in Einzel-/ Pauschalwertberichtigung	37	2
Andere betriebliche Aufwendungen	159	106

Finanzergebnis

Bei den Erträgen aus Beteiligungen handelte es sich im Jahr 2015 um die Ausschüttung der Überschüsse der 8. Außenwirtschaftstag NRW GbR.

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihung des Anlagevermögens liegen weiterhin unter dem Vorjahresniveau. Neuanlagen im Berichtsjahr wurden wesentlich von der Niedrigzinsphase beeinflusst. In den Zinsen und ähnlichen Erträgen sind die Erlöse aus den Zinsänderungseffekten in Höhe von 318 T-EUR enthalten. Hiervon entfallen 310 T-EUR auf die Pensionsrückstellungen.

Bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen handelt es sich um die Abwertung des Eigenkapitals der ZPA Nord-West GbR (s. AKTIVA sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche).

In den Zinsaufwendungen sind die Aufwendungen aus der Aufzinsung, als auch der Zinsänderungseffekt der Personalarückstellung und sonstigen Rückstellungen von insgesamt 1.007 T-EUR enthalten. Die Verringerung zum Vorjahr ergibt sich durch den höheren Zinssatz gem. § 253 Abs. 2 HGB für Pensionsrückstellungen, sowie der Nichtausübung des Wahlrechtes gem. Art. 75 Abs. 7 EGHGB im Jahr 2015.

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	-568	-2.314
Erträge aus Beteiligungen	0	7
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	93	160
Zinsen und ähnliche Erträge	357	63
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wert- papieren des Umlaufvermögens	-11	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.007	-2.544

Steuern

In den betrieblichen Steuern ist die Grundsteuer in Höhe von 35 T-EUR enthalten.

Ergebnis

Das Jahresergebnis beläuft sich auf -2.249 T-EUR.

E. Erläuterungen zur Finanzrechnung**Jahresergebnis ohne außerordentlichen Posten**

	2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
	-2.249	-3.056

Das Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten liegt um 807 T-EUR über dem des Vorjahres.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	31.12.2016	Vorjahr
	T-EUR	T-EUR
	-1.064	-3.110

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführung oder Auflösung von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

Im Geschäftsjahr 2016 beträgt der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit -1.064 T-EUR und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert. Dazu hat im Wesentlichen die Veränderungen der Verbindlichkeiten mit 1.780 T-EUR beigetragen.

Cashflow aus der Investitionstätigkeit	31.12.2016	Vorjahr
	T-EUR	T-EUR
	-6.108	-2.370

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens auf.

Insgesamt wurden in 2016 Investitionen in Höhe von 5.943 T-EUR in das immaterielle Anlagevermögen und das Sachanlagevermögen getätigt.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag mit 5.640 T-EUR im Bereich des Weiterbildungszentrum 2017.

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	31.12.2016	Vorjahr
	T-EUR	T-EUR
	0	-61

Im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit wurden die jährlichen Tilgungsleistungen für das Darlehen dargestellt, die den Kauf des unbebauten Grundstückes am Sentmaringer Weg betreffen. Das Darlehen wies zum 31.07.2015 einen Betrag von 0,00 EUR aus und ist somit getilgt.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres 2016 schließt mit 9.835 T-EUR ab und liegt damit um -7.172 T-EUR unter dem des Vorjahres. Die Abnahme des Finanzmittelbestand ist im Wesentlichen auf die Auszahlungen für die Investitionen in das Weiterbildungszentrum 2017 zurückzuführen.

F. Sonstige Angaben

Verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen

	Bet.Quote	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	2015	2015
		T-EUR	T-EUR
Gesellschaft für Bildung und Technik mbH der IHK Nord Westfalen, Münster	100	163	31

Das Stammkapital der Gesellschaft für Bildung und Technik mbH der IHK Nord Westfalen (GBT) beträgt 150 T-EUR und ist in voller Höhe eingezahlt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

Patronatserklärung

Mit Datum vom 19.03.2004 wurde der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer in NRW e.V. eine Patronatserklärung zur bilanziellen Absicherung der im Namen der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer in NRW e.V. (nicht rechtsfähig) gegebenen Versorgungszusagen übersandt. In ihrem geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2015 beziffert die Vereinigung der Industrie- und Handelskammer in NRW e.V. ihre Versorgungsverpflichtungen auf insgesamt 4.239 T-EUR (incl. nicht passivierter Altzusagen). Entsprechend des aktuellen Umlageschlüssels (9,26 %) beträgt der Anteil der IHK Nord Westfalen 393 T-EUR.

Haftungsverhältnis

Die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Nord Westfalen bei der Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbetrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31.12.2015 bei einer Bilanzsumme von 135,6 Mio. EUR ein Eigenkapital von 52,6 Mio. EUR aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 30,2 Mio. EUR nicht in der Bilanz zum 31.12.2015 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen in der Bilanz betragen per 31.12.2015 53,3 Mio. EUR. Rechnerisch ergibt sich unter Berücksichtigung der nicht passivierten Pensionsverpflichtungen ein positives Eigenkapital von 22,3 Mio. EUR.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebunden Kapitalzuführung zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018 gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. EUR an den DIHK zu leisten.

Der durchschnittliche Beitrag der IHK Nord Westfalen zum DIHK belief sich in den letzten fünf Jahren auf rund 1,95 % des gesamten Beitragsaufkommens des DIHK. Der Beitrag für das Jahr 2016 belief sich auf rund 1,89 %.

Bürgschaften

	31.12.2016 T-EUR	Vorjahr T-EUR
Wettbewerbsfonds	0	41

Der Wettbewerbsfonds wurde mit Vollversammlungsbeschluss vom 30.06.2016 zum 31.12.2016 aufgelöst.

Des Weiteren wurde eine Bürgschaft an die Kommunale Versorgungskasse Westfalen Lippe (kvw) für die Gesellschaft für Bildung und Technik mbH der IHK Nord Westfalen ohne betragliche Festsetzung gegeben. Die IHK Nord Westfalen verpflichtet sich, für den Fall der Beendigung der Mitgliedschaft der Gesellschaft für Bildung und Technik mbH bei der kwv den nach § 15a der Satzung vorgesehenen Ausgleichsbetrag zu bezahlen. Die Bürgschaft erstreckt sich auch auf die laufenden Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Umlagen bei Zahlungsunfähigkeit. Zum 31.12.2015 hätte der Ausgleichsbetrag 189 T-EUR betragen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Nord Westfalen hat zudem jährliche finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.080 T-EUR aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen zum 31.12.2016.

Treuhandverhältnisse

Für die Initiativen B64 plus und B67 n verwaltet die IHK Nord Westfalen treuhänderisch ein Vermögen von insgesamt 9 T-EUR. Die Verwaltung erfolgt im eigenen Buchungskreis.

Gesamthonorar für Abschlussprüfungsleistungen

Das Honorar für die Abschlussprüfung wird im Wege eines Umlageverfahrens erhoben. Berechnungsgrundlage des Umlageverfahrensanteils ist der Durchschnitt des in den letzten drei Jahren angefallenen Stundenaufwands für diese Tätigkeiten je IHK am Gesamtaufwand. IHK übergreifende Gemeinschaftsleistungen werden durch Grundbeiträge sowie andere Bestätigungsleistungen und sonstige Leistungen mittels Tages- und Stundensätzen abgerechnet. Die jeweiligen Honorare enthalten anteilige Gemeinkosten und unterliegen dem Kostendeckungsprinzip. Für das Jahr 2016 betrug das Gesamthonorar 75 T-EUR.

Zahl der Mitarbeiter zum 31.12.2016

	2015			2016		
	Köpfe	Kapazität	Gehälter in T-EUR	Köpfe	Kapazität	Gehälter in T-EUR
Kernpersonal						
Leitungsebene	7	7	906	6	6	820
Weitere Führungskräfte	24	23,7	1.734	25	24,7	1.732
Fachreferenten und vergleichbare Funktionen	47	44,75	2.375	43	41,25	2.308
Sachbearbeiter und vergleichbare Funktionen	116	97,06	3.800	119	99	3.831
Summe	194	172,51	8.815	193	170,95	8.691
Sonstige						
Mitarbeiter für Projekte	10	8,51	303	11	8,69	306
Gesamtsumme	204	181,02	9.118	204	179,64	8.997
davon						
in Teilzeit	57	34,02	xxx	61	36,63	xxx
befristet	20	17,26	xxx	27	21,79	xxx
in ATZ aktiv	4	3,56	xxx	3	3	xxx
außerdem						
Auszubildende	11	11	xxx	12	12	xxx
Trainees, Volontäre	1	xxx	xxx	1	xxx	xxx
Praktikanten/Referendare	13	xxx	xxx	17	xxx	xxx
Mitarbeiter in Elternzeit	2	xxx	xxx	5	xxx	xxx
ATZ inaktiv	7	xxx	xxx	4	xxx	xxx
Geringfügig Beschäftigte	25	xxx	xxx	21	xxx	xxx
studentische Aushilfen	1	xxx	xxx	0	xxx	xxx

**Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer
der IHK Nord Westfalen zum 31.12.2016**

Präsident

Hüffer, Dr. Benedikt
Geschäftsführer, Aschendorff GmbH &
Co.KG, Münster

Vizepräsidenten

Baumgürtel, Lars
Geschäftsführer, Voigt & Schweitzer
GmbH & Co. KG, Gelsenkirchen

Radau, Michael
Vorstand, SuperBioMarkt AG, Münster

Deiters, Gustav
Geschäftsführer, Crespel & Deiters GmbH
& Co. KG, Ibbenbüren

Redemann, Norbert Karl
Pers. haft. Gesellschafter, Norbert Redemann KG
Spedition, Recklinghausen

Krumme, Heinrich-Georg
Vorstand, Sparkasse Westmünsterland,
Dülmen, Ahaus

Roberg, Julius Fabian
Geschäftsführer, Coler GmbH & Co. KG, Münster

Meuter, Anja
Geschäftsführerin, Team Meuter GmbH,
Gescher

Sick, Prof. Dr. Ulrich
Geschäftsführer, Professor Dr. Sick
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Dorsten

Pinnekamp, Carl
Geschäftsführer, Teutemacher - Glas
GmbH, Warendorf

Wiesehahn-Haas, Birgit
Geschäftsführerin, IBK Wiesehahn GmbH,
Bottrop

Hauptgeschäftsführer

Schulte-Uebbing, Karl-F.

Die aktuellen Mitglieder der Vollversammlung finden Sie auf unserer Internetseite www.ihk-nordwestfalen.de

Münster, 20. Februar 2017

Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen

Der Präsident

Der Hauptgeschäftsführer

gez.

gez.

Dr. Benedikt Hüffer

Karl-F. Schulte-Uebbing